



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Einerseits erscheinen die USA am 250. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung als historisches Erfolgsprojekt, gegründet auf Freiheit, Verfassung und Rechtsstaatlichkeit. Andererseits gilt die amerikanische Demokratie angesichts der unter Donald Trump vorangeschrittenen Polarisierung auch als gefährdet. Ein Scheitern aber muss nicht zwangsläufig sein, denn die Gesellschaft, Medien, Gerichte, historische Gründungsideale und die Fähigkeit zur Selbstkorrektur können weiterhin Gegenkräfte bilden.
- › Die USA unter Donald Trump sind für ihre Verbündeten zunehmend unberechenbarer. Daraus erfolgt für Europa die Notwendigkeit, die eigene Handlungsfähigkeit auszubauen und eine Europäisierung der NATO und die eigene Verteidigungsfähigkeit stärker voranzutreiben.
- › Die Demokratie wird auch durch gesellschaftliche Stimmungen gefährdet: Zukunftspessimismus, Abstiegsängste, Verrohung, Misstrauen in staatliche Handlungsfähigkeit und die Sehnsucht nach einer vermeintlich geordneten Vergangenheit schaffen einen Nährboden für autoritäre und rechtspopulistische Politik. Während vor historischen Parallelen zu Weimar, neuen Nationalisierungsschüben und gesellschaftlicher „Faschisierung“ gewarnt wird, wird auch zu begrifflicher Vorsicht geraten, damit „Faschismus“ nicht zum pauschalen Kampfbegriff wird und sachliche Analyse ersetzt.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: 1776–2026: Der Zustand der USA	2
In der Debatte: Europa und die USA	5
In der Debatte: Gesellschaftliche Herausforderungen	9
Rezensionen	13
Impressum	18

In der Debatte: 1776–2026: Der Zustand der USA

Die Herausgeber der *National Review*¹ würdigen die USA anlässlich ihres 250. Geburtstags als außergewöhnliches historisches Erfolgsprojekt. Trotz einiger existenzieller Krisen – vom Unabhängigkeitskrieg über den Bürgerkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise, dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg – habe die amerikanische Republik immer wieder überlebt und in entscheidenden Momenten die notwendigen Führungspersonlichkeiten hervorgebracht. Die Stärke der USA liege demnach in ihrer Verfassung, ihren Freiheitsrechten, ihrer marktwirtschaftlichen Dynamik und ihrem bis heute wirksamen Gründungsversprechen. Zudem sei Amerikas Erfolg kein Zufall, sondern Ergebnis bewusster Entscheidungen: der Unabhängigkeitserklärung, der Verfassung, freier Märkte und des Schutzes individueller Rechte wie Meinungs-, Religions- und Eigentumsfreiheit. Diese Prinzipien hätten den Wohlstand, die Stabilität und die Attraktivität der Vereinigten Staaten über Jahrhunderte hinweg gesichert. Die USA seien zudem ein Land so großer kultureller, technischer und wirtschaftlicher Leistungen, von Baseball, Jazz, Hollywood, dem Flugzeug, dem Internet bis hin zu den wichtigsten Konzernen im Tech-Bereich und der Raumfahrt, dass es niemand ignorieren könne. Der 250. Jahrestag solle daher nicht nur gefeiert, sondern vor allem mit Dankbarkeit, Nachdenken und Staunen begangen werden.

Im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*² beschreibt Hiram Kümper den amerikanischen Gründungsmythos von 1776 als weiterhin zentrale Grundlage der nationalen Identität. Die Unabhängigkeitserklärung stehe für Selbstbestimmung, Freiheit, dem Recht auf Leben sowie dem Streben nach Glück. Zwischen diesen universellen Idealen und der politischen Realität der USA hätte immer eine Spannung bestanden und diese Divergenz habe in der Geschichte regelmäßig Protestbewegungen und Reformimpulse ausgelöst, weil viele Amerikanerinnen und Amerikaner ihre Republik an den eigenen Gründungsversprechen messen würden. Unter Donald Trump sei jedoch eine besonders gefährliche Entwicklung eingetreten. Der bisherige Konsens über die Bedeutung der Institutionen, der Gewaltenteilung und der Verfassung sei stark beschädigt. Trump nutze Misstrauen gegen den Staat, kulturelle Verlustängste und soziale Kränkungen, um sich als Vertreter des „wahren Volkes“ gegen das Establishment zu inszenieren. Dadurch würden Institutionen nicht unbedingt offen zerstört, aber unterlaufen und ausgehöhlt. Dennoch sei eine Rückbesinnung auf die Gründungswerte weiterhin möglich, denn gerade aus der Empörung über den Bruch mit den amerikanischen Idealen könne eine neue institutionelle Gegenmacht entstehen. Entscheidend sei, ob aus dem Protest wieder eine produktive Erneuerung der Demokratie hervorgehe.

Andreas Ross geht in der *FAZ*³ der Frage nach, ob die amerikanischen Gründerväter am 250. Geburtstag der USA stolz auf ihr Land wären, und gelangt zu einer ambivalenten Antwort. Einerseits hätten sie viele Entwicklungen wohl mit Sorge betrachtet, beispielsweise die Entstehung starker Parteien, populistische Bewegungen, den Bürgerkrieg als Folge des ungelösten Konflikts um die

¹ The Editors, America's 250-Year Winning Streak, 3.7.2026.

² Tobias Matern, „Es muss zu einem Ausbruch kommen“. Fragen an den Historiker Hiram Kümper, SZ, 3.7.2026.

³ Andreas Ross, Was aus Amerika geworden ist, FAZ, 4.7.2026.

Sklaverei, den Machtzuwachs des Präsidenten und die heutige politische Polarisierung. Besonders unter Trump erscheine das Gleichgewicht der Gewalten beschädigt, weil der Kongress seine Kontrollfunktion nur noch unzureichend wahrnehme. Trotzdem könne man die amerikanische Demokratie nicht als gescheitert ansehen. Die Verfassung von 1787, der Glaube an individuelle Freiheit und das Ziel einer „immer vollkommeneren Union“ hätten über Jahrhunderte Reformen ermöglicht, etwa die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen und Afroamerikaner. Zwar gebe es berechtigte Kritik am politischen System der USA, etwa am Wahlrecht, am Einfluss von Geld oder an gesellschaftlichen Konflikten. Doch auch Deutschland und Europa sollten diese Kritik mit Selbstprüfung verbinden, da auch ihre Demokratien unter Druck stünden. Am Ende bleibe die Hoffnung, dass die USA aus ihrer Krise herausfinden könnten, denn die verfassungsrechtlichen Grundlagen dafür seien vorhanden.

Christoph von Marschall beschreibt Donald Trump im *Tagesspiegel*⁴ als Präsidenten, der zentrale Prinzipien der amerikanischen Demokratie angreife. Er wolle wie ein selbstherrlicher Monarch regieren und missachte Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und die Kontrolle durch Kongress und Gerichte. Besonders kritikwürdig seien seine persönliche Bereicherung, sein fehlender Respekt vor der Justiz, der Missbrauch staatlicher Macht gegen politische Gegner sowie sein Verhalten nach der Wahlniederlage 2020, die im Sturm auf das Kapitol gipfelte. Auch den Nationalfeiertag am 4. Juli nutze Trump weniger als gemeinsames Fest der Freiheit, sondern als Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Gleichzeitig sei aber festzuhalten, dass die amerikanische Demokratie nicht zwangsläufig untergehen müsse. Die USA hätten in ihrer Geschichte immer wieder schwere Irrwege korrigiert und sich seit 1776, als das „historische Experiment“ begonnen habe, schrittweise weiterentwickelt, von einer unvollkommenen Republik weißer Männer hin zu einer breiter aufgestellten Demokratie. Trotz der Gefahr durch Trump gebe es weiterhin starke Gegenkräfte, etwa eine lebendige Zivilgesellschaft sowie kritische Medien und Gerichte, die dem Präsidenten Grenzen setzten. Europa, dessen demokratische Staaten sich selbst in einer Krise befänden, müsse ein großes Interesse daran haben, dass die USA diesen Stresstest bestünden, denn der Kontinent sei weiterhin auf ein demokratisches Amerika als Partner für Freiheit und Sicherheit angewiesen.

Jens Münchrath setzt sich im *Handelsblatt*⁵ kritisch mit Donald Trumps Umgang mit dem 250. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung auseinander. Zwar gebe es gute Gründe, die USA als antikoniales und emanzipatorisches Projekt zu würdigen, doch nutze Trump das Jubiläum nicht zur Versöhnung, sondern für polarisierende Wahlkampfrhetorik, Selbstverherrlichung und Ausgrenzung. Seine Reden deuteten die amerikanische Geschichte im Sinne der MAGA-Ideologie um. Die Unterdrückung indigener Völker, Rassismus oder Kriege würden verdrängt, während die Nation als göttlich legitimes Projekt weißer, christlicher Gründerväter dargestellt werde. Zugleich sei Trumps Politik eine grundlegende Gefahr für die Verfassung. Der Präsident missachte Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle, regiere zunehmend per Dekret und behandle staatliche Institutionen als Werkzeuge persönlicher Macht. Die Republikanische Partei, Teile der Exekutive und ein überforderter Rechtsstaat ermöglichten diese Machtanmaßung. Der Trumpismus erscheine damit als Gegenentwurf zu den Werten der amerikanischen Verfassung. Ob dies dauerhaft in ein autokratisches System münden werde, hänge davon ab, wie stark der Widerstand im In- und Ausland sei. Allerdings sei es gefährlich, den Trumpismus allein auf Trump zu reduzieren, da seine Entstehung als Ausdruck einer tieferen Krise der amerikanischen Demokratie zu sehen sei.

Edward Luce nimmt in der *Financial Times*⁶ mit Blick auf die Feierlichkeiten zum 250-jährigen Bestehen der USA eine tiefe Krise der amerikanischen Demokratie wahr. Vor 250 Jahren seien in der Unabhängigkeitserklärung zentrale Ideale der europäischen Aufklärung Wirklichkeit geworden:

⁴ Christoph von Marschall, 250. Geburtstag der USA – wird Trump zum Totengräber der Demokratie?, *Der Tagesspiegel*, 4.7.2026.

⁵ Jens Münchrath, Trumps Geschichtsklitterung, *Handelsblatt*, 6.7.2026.

⁶ Edward Luce, America's stillborn 250th birthday, *Financial Times*, 30.6.2026.

Volkssouveränität, Zustimmung der Regierten und die Begrenzung politischer Macht. Heute jedoch sei in Amerika kaum noch Einigkeit darüber vorhanden, was überhaupt gefeiert werde. Beim 200-jährigen Jubiläum 1976 habe Präsident Gerald Ford nach dem Watergate-Skandal noch darauf verweisen können, dass das politische System funktioniert habe. Richard Nixon habe zurücktreten müssen, weil Institutionen und Parteifreunde seine Machtüberschreitung nicht hinnehmen wollten. Heute dagegen würden Republikaner wie JD Vance Nixon als Opfer eines „Deep State“ darstellen. Zugleich seien viele Vorgänge unter Donald Trump mindestens ebenso schwerwiegend wie Watergate, würden aber in der Vielzahl der Skandale untergehen. Trump sei ein Präsident, der offen Machtmissbrauch betreibe, etwa durch fragwürdige Deals mit Unternehmen, Begnadigungen politischer Unterstützer und die Verharmlosung des Angriffs auf das Kapitol am 6. Januar. Anders als Nixon versuche Trump kaum noch, solche Vorgänge zu verbergen. Entscheidend sei, dass die heutige Republikanische Partei ihn weitgehend decke und der Supreme Court seine Macht eher stütze als begrenze. Die Jubiläumsfeier „Freedom 250“ erscheine daher nicht als nationale Selbstvergewisserung, sondern als von Trump vereinnahmtes Spektakel. Ein Ereignis, das eigentlich die außergewöhnliche Geschichte und die Gründungsideale der USA feiern sollte, werde zur Bühne persönlicher Machtdemonstration. Zwar habe das amerikanische System 250 Jahre überdauert, doch gerade deshalb verdienten die Bürger eine bessere Feier, eine, die den Idealen und Widersprüchen der Nation gerechter werde als eine von einem einzelnen Präsidenten dominierte Inszenierung.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*⁷ geht *Oliver Hidalgo* der Frage nach, wie Alexis de Tocqueville, der 1831 die USA bereist und ihre Demokratie analysiert habe, das heutige Amerika beurteilen würde und kommt zum Ergebnis, dass Tocqueville von den Vereinigten Staaten der Gegenwart keineswegs begeistert wäre. Besonders problematisch würde ihm die politische Instrumentalisierung des Christentums durch Politiker wie Donald Trump erscheinen. Während Tocqueville im 19. Jahrhundert die Verbindung von Religion und Demokratie als Stärke der USA angesehen habe, würde er heute darin vor allem Heuchelei und Machtinszenierung erkennen. Zugleich würde Tocqueville die zunehmende soziale Ungleichheit kritisieren. Für ihn sei Gleichheit der Chancen die Grundlage der Demokratie gewesen. Heute jedoch stehe die große Kluft zwischen Arm und Reich diesem Ideal entgegen. Der „American Dream“ sei zu einer „Fassade verkommen“, für viele Menschen kaum noch erreichbar, da sozialer Aufstieg erschwert und finanzielle Unsicherheit weit verbreitet seien. Hauptproblem der amerikanischen Demokratie sei die starke gesellschaftliche Polarisierung. Die Menschen hätten ihren Zukunftsoptimismus verloren und seien dadurch anfälliger für populistische Versprechen geworden. Trump sei weniger die Ursache als vielmehr ein Symptom dieser Spaltung. Politische Gegner würden sich wechselseitig zunehmend als Feinde betrachten und kaum noch zusammenarbeiten. Auch soziale Netzwerke trügen zur Polarisierung bei. Sie förderten Konformitätsdruck, Shitstorms und moralische Empörung, wodurch gesellschaftliche Konflikte weiter verschärft würden. Dies zeige sich besonders in Debatten über Rassismus, Minderheitenrechte und Identitätspolitik. Hier sei der „Tocqueville-Effekt“ zu beobachten, gerade nach Reformen entstünden oft neue Konflikte, weil steigende Erwartungen weitere Veränderungen forderten. Insgesamt würde Tocqueville die USA wohl als eine Demokratie betrachten, deren liberale Grundlagen zunehmend gefährdet seien. Zwar funktionierten die demokratischen Institutionen noch, doch die Bereitschaft, gemeinsame Regeln, Werte und die Legitimität politischer Gegner anzuerkennen, nähme ab. Ähnliche Entwicklungen könnte man auch in Europa beobachten. Demokratien könnten nur bestehen, wenn Bürger und Politiker weiterhin an ihre Grundwerte glaubten und langfristige Lösungen für gesellschaftliche Probleme entwickelten.

Im Interview mit der *Welt am Sonntag*⁸ zeichnet *Robert Kagan* ein äußerst düsteres Bild der USA nach der Wiederwahl von Donald Trump. Die amerikanische Demokratie sei nicht nur gefährdet,

⁷ Leon Igel, „Jede Verfassung hat ihre Schwächen“. Fragen an den Politikwissenschaftler Oliver Hidalgo, NZZ, 30.6.2026.

⁸ Stefanie Bolzen, Die Eliten haben sich nahezu sofort angepasst. Fragen an den Historiker Robert Kagan, Welt am Sonntag, 5.7.2026.

sondern in zentralen Punkten bereits gescheitert, weil politische, juristische, akademische und wirtschaftliche Eliten sich Trump rasch angepasst hätten, statt Widerstand zu leisten. Die Schwäche liege weniger in der Verfassung selbst als im Parteiensystem, das von den Gründervätern so nicht vorausgesehen worden sei. Die Gewaltenteilung funktioniere nicht mehr, weil Kongress, Gerichte und Exekutive parteipolitischen Interessen untergeordnet würden und nicht mehr „jede Staatsgewalt eifersüchtig über ihre eigenen Befugnisse wache“. Die Ursachen lägen vor allem in einem alten amerikanischen Konflikt um Gleichheit, Rechte, Religion und Identität begründet. Trump nutze diese Spannungen aus und gefährde auch künftige Wahlen, besonders die Midterms 2026, deren fairer Ablauf eher zweifelhaft sei. Außenpolitisch sei nicht mit einer Rückkehr zur früheren amerikanischen Führungsrolle zu rechnen. Den Irakkrieg habe zwar nicht Trump verursacht, aber dieser habe die Bereitschaft der Amerikaner geschwächt, global Verantwortung übernehmen zu wollen. Auch das transatlantische Bündnis werde nie wieder so funktionieren wie früher, weil das Vertrauen in die USA dauerhaft beschädigt sei und MAGA auch nach Trump politisch bestehen bleibe. Für Europa bedeute das, stärker selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Besonders Deutschland sei in der Pflicht, aufzurüsten und eine führende Rolle zu übernehmen.

In der Debatte: Europa und die USA

Gideon Rachman merkt in der *Financial Times*⁹ an, dass viele traditionelle Verbündete der USA zwar die Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung mittragen würden, gleichzeitig aber ihre eigene Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verringern möchten. Auslöser dafür sei vor allem die Politik der Trump-Regierung, die selbst enge demokratische Partner mit Strafzöllen, Druckmitteln und einseitigen Entscheidungen konfrontiere. Dadurch würden enge Beziehungen zu den USA zunehmend nicht mehr als Vorteil, sondern als potenzielle Schwachstelle wahrgenommen. Besonders deutlich zeige sich diese Entwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Die zeitweilige Beschränkung des Zugangs ausländischer Nutzer zu fortschrittlichen amerikanischen KI-Modellen verstärke die Sorge, dass Europa bei kritischen Technologien von amerikanischen Unternehmen abhängig sei und jederzeit von Entscheidungen in Washington betroffen sein könnte. Deshalb gewinne die Forderung nach „technologischer Souveränität“ an Bedeutung. Auch in der Verteidigungspolitik wachse das Misstrauen, nachdem Trumps Äußerungen über eine mögliche Annexion Grönlands die europäische Abhängigkeit von amerikanischen Rüstungsgütern verdeutlicht habe. Auch Länder wie Indien und Kanada suchten nach Wegen, ihre Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Eine vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit von den USA und China gelte jedoch als unrealistisch, da die globalen Verflechtungen zu eng seien. Stattdessen setzten viele Staaten auf neue Handelsallianzen und darauf, eigene wirtschaftliche Stärken als strategische Druckmittel auszubauen. Dies sei eine Reaktion auf eine Welt, in der selbst demokratische Partner zunehmend auf mögliche wirtschaftliche Konflikte vorbereitet sein müssten. Die sinnvollste Antwort auf mögliche amerikanische Druckmittel sei allerdings nicht totale Unabhängigkeit, sondern die Entwicklung eigener wirtschaftlicher Hebel. Als Vorbild könne China dienen, das auf amerikanische Zölle mit Exportbeschränkungen für wichtige Rohstoffe reagiert habe. Andere Staaten wie Indien oder Kanada könnten ähnliche strategische Stärken nutzen. Es sei bedauerlich, dass demokratische Staaten sich auf potenzielle wirtschaftliche Konflikte untereinander vorbereiten müssten, dies sei aber maßgeblich auf Trumps Politik zurückzuführen.

Timothy Garton Ash konstatiert in der *Financial Times*¹⁰, die Europäisierung der NATO müsse absoluten Vorrang haben. Europa sei ein Gebilde mit zwei zentralen Kernen: der EU als wirtschaftlich-politischem Zentrum und der NATO als militärisch-politischem Zentrum. Gerade

⁹ Gideon Rachman, America's allies look to declare independence from the US, *Financial Times*, 22.6.2026.

¹⁰ Timothy Garton Ash, The Europeanisation of Nato is ever more important, *Financial Times*, 5.7.2026.

diese Doppelstruktur habe Europa jahrzehntelang stark gemacht. Während die EU sich ständig weiterentwickelt habe, sei die NATO lange eine von den USA dominierte Allianz geblieben. Diese Ordnung gerate jedoch seit der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps zunehmend ins Wanken, da Europa sich nicht mehr selbstverständlich auf den militärischen Schutz der USA verlassen könne. Angesichts der erneuten russischen Bedrohung müsse Europas militärischer Kern dringend erneuert werden. Die NATO habe Europa nicht nur vor sowjetischer bzw. russischer Aggression geschützt, sondern habe auch alte innereuropäische Rivalitäten um militärische Macht eingehegt. Diese könnten wieder aufbrechen, etwa wenn Frankreich oder Polen das stark wachsende deutsche Verteidigungsbudget mit Sorge betrachteten. Die Annahme, die EU selbst könne die NATO einfach ersetzen, sei allerdings fatal, denn diese könne nur die Finanzierung und Koordinierung der europäischen Aufrüstung unterstützen. Langfristig müssten Europa und Kanada fähig werden, sich auch ohne die USA zu verteidigen. Kurzfristig brauche es konkrete Notfallpläne für russische Angriffe oder hybride Eskalationen. Kleinere europäische Bündnisse könnten dabei eine wichtige Rolle spielen, ebenso die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine. Nur wenn die europäischen Staaten klar zeigten, dass sie bereit und fähig seien, sich selbst zu verteidigen, könne Putin abgeschreckt werden.

Die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA habe weniger auf ihrer Größe als auf ihrer außergewöhnlichen Dynamik beruht, konstatiert *Adam Posen* in der *FAZ*¹¹. Entscheidend gewesen seien Innovationskraft, technologischer Fortschritt, die Offenheit für Einwanderung sowie die Möglichkeit, bestehende Macht- und Unternehmensstrukturen immer wieder durch neue Akteure herauszufordern. Nach 1945 hätten die USA zudem eine offene, regelbasierte Weltwirtschaft, von der sie selbst stark profitierten, gefördert. Diese Grundlagen seien heute jedoch gefährdet. Mit dem Aufstieg Chinas und insbesondere unter Donald Trump hätten sich die USA von ihrer bisherigen Rolle als Garant einer offenen Weltwirtschaft entfernt und setzten zunehmend auf Nationalismus, Abschottung und einseitige Interessenpolitik. Dies schwäche langfristig sowohl die amerikanische Wirtschaft als auch die internationale Ordnung. Europa sollte daher nicht auf eine schnelle Rückkehr der USA zu ihrer früheren Führungsrolle hoffen. Eine Erneuerung amerikanischer Wirtschaftskraft sei nur möglich, wenn die USA wieder stärker auf Rechtsstaatlichkeit, Offenheit und Innovation statt auf politische Nostalgie und willkürliche Machtausübung setzen würden.

Die Geschichte der USA sei eng mit ihrer geopolitischen Selbstverortung verbunden, konstatiert *Herfried Münkler* in der *FAZ*¹². Nach der Unabhängigkeit hätten sich die ehemaligen britischen Kolonien zunächst auf den Aufbau eines Bundesstaates konzentriert. Im 19. Jahrhundert habe vor allem die territoriale Expansion in Nordamerika im Mittelpunkt gestanden, während die USA mit der Monroe-Doktrin zugleich ihren Anspruch formuliert hätten, den amerikanischen Kontinent vor europäischem Einfluss zu schützen. Die Monroe-Doktrin könne sowohl als antikoloniale Schutzmaßnahme wie auch als Beginn einer amerikanischen Einflusspolitik in Lateinamerika verstanden werden. Diese Ambivalenz zwischen dem Anspruch, Freiheit und Selbstbestimmung zu fördern, und der Verfolgung eigener Machtinteressen präge die amerikanische Außenpolitik bis heute. Sie habe sich bereits im Ersten Weltkrieg gezeigt, als Präsident Wilson zwar für Demokratie und Selbstbestimmung eingetreten, in der Praxis aber Kompromisse mit den Interessen der europäischen Mächte eingegangen sei. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätten die USA eine führende Rolle in der westlichen Weltordnung übernommen. NATO, wirtschaftliche Verflechtung und gemeinsame Werte hätten die Grundlage des transatlantischen Westens gebildet. Gleichzeitig sei umstritten, ob dabei vor allem Werte oder geostrategische Interessen im Vordergrund gestanden hätten. Heute stelle sich die Frage, ob die USA ihre Rolle als globale Führungsmacht reduzieren und sich wieder stärker auf den amerikanischen Kontinent konzentrieren sollten. Hinweise darauf könnten die stärkere Ausrichtung auf den Indopazifik, die Abgrenzung gegenüber chinesischem Einfluss in Lateinamerika und die erneute Betonung der Monroe-Doktrin sein. Ob dies einen

¹¹ Adam Posen, Nachdenken über die Revolution, *FAZ*, 6.7.2026.

¹² Herfried Münkler, Das Rätsel der US-Europapolitik, *FAZ*, 6.7.2026.

dauerhaften Kurswechsel darstelle und die USA mit ihrer Rolle eines „globalen Hegemonen“ überfordert seien, lasse sich jedoch erst anhand der Politik künftiger amerikanischer Regierungen beurteilen.

Andreas Rüesch beschreibt in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹³ die NATO als Bündnis, das sich in einem tiefgreifenden Wandel befinde. Zwar investierten die europäischen Mitgliedstaaten deutlich mehr in ihre Verteidigung und übernahmen mehr Verantwortung, doch die eigentliche Krise sei nicht durch die Lastenteilung, sondern durch die veränderten Haltung der USA unter Donald Trump verursacht worden. Washington ziehe sich zunehmend aus seiner Rolle als Garant der europäischen Sicherheit zurück, reduziere militärische Verpflichtungen und stelle gemeinsame strategische Interessen infrage. Dadurch sei das Vertrauen zwischen Europa und den USA stark beschädigt worden. Während die europäischen NATO-Staaten Russland als zentrale Bedrohung betrachteten, verfolge die Trump-Regierung andere Prioritäten und zweifle den Nutzen von Bündnissen grundsätzlich an. Die NATO werde deshalb nicht verschwinden, aber sie werde zunehmend europäischer werden. Europa müsse lernen, seine Sicherheit stärker eigenständig zu organisieren, könnte dies jedoch nicht von heute auf morgen leisten. In dieser Übergangsphase wachse die Unsicherheit, weshalb der Ukraine eine Schlüsselrolle zukomme. Sie halte Russland militärisch in Schach und verschaffe Europa Zeit für die eigene Aufrüstung und Neuorientierung.

Donald Trumps Krieg gegen Iran sei ein strategisches, politisches und moralisches Desaster für die USA, urteilt Timothy Snyder in der *Süddeutschen Zeitung*¹⁴. Die zwischen beiden Seiten geschlossene „Absichtserklärung“ sei als klare Kapitulation Amerikas zu werten, weil sie Iran erhebliche Zugeständnisse verschaffe und Trumps Schwäche offenlege. Trump und seine Regierung hätten ohne Verständnis für die iranische Führung, ohne Strategie und ohne Plan B gehandelt. Sie hätten geglaubt, Iran werde sich nach amerikanischen und israelischen Angriffen rasch unterwerfen, stattdessen habe Teheran mit Gegenschlägen und der Drohung einer Sperrung der Straße von Hormus erfolgreich Druck aufgebaut. Trump erscheine nicht wie ein „gewiefter Dealmaker“, sondern wie ein eitler, impulsiver und inkompetenter Politiker, der Krieg aus einer Laune heraus begonnen und aus innenpolitischer Zweckmäßigkeit beendet habe. Durch seine Kapitulation habe er das iranische Regime gestärkt, ihm neue Einnahmequellen verschafft und den amerikanischen Einfluss auf Irans Atompolitik verspielt. Zugleich habe der Krieg das Völkerrecht beschädigt, zivile Opfer verursacht und die internationale Ordnung weiter destabilisiert, zur Freude von Staaten wie China, Russland und dem Iran. Trumps Krieg sei zudem nicht nur Folge persönlicher Inkompetenz, sondern Ausdruck politischer und institutioneller Fehlentwicklungen in den USA. Wenn wirtschaftliche, politische und mediale Macht in den Händen weniger konzentriert sei, könnten charismatische Scharlatane an die Macht gelangen und leichtfertig Kriege beginnen. Um solche Entwicklungen zu verhindern, brauche es weniger Geld in der Politik, weniger Ungleichheit, stärkere soziale Mobilität und verantwortungsvollere Führungspersönlichkeiten. Amerika brauche Politiker mit Verstand, Mitgefühl und Gemeinwohlorientierung und nicht selbstsüchtige Machtdemonstrationen, die das Land schwächen und die Weltordnung gefährlicher machen würden.

Georg Häsler setzt sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁵ mit der sogenannten Thukydides-Falle auseinander, die der Politikwissenschaftler Graham Allison zur Beschreibung des Machtkonflikts zwischen den USA und China geprägt habe. Die Idee gehe auf den griechischen Historiker Thukydides zurück, der die Ursache des Peloponnesischen Krieges in der wachsenden Macht Athens und der daraus resultierenden Angst Spartas verortet habe. Dieser Vergleich zwischen den USA und China einerseits und Sparta und Athen andererseits greife allerdings zu kurz. Thukydides habe nicht nur einen Machtkampf zwischen Staaten, sondern auch die innere Schwächung von Demokratien beschrieben. Im antiken Athen hätten Demagogen und populistische Politiker die

¹³ Andreas Rüesch, Die Nato liegt im Koma, NZZ, 6.7.2026.

¹⁴ Timothy Snyder, Kapitulation eines Dealmakers, SZ, 25.6.2026.

¹⁵ Georg Häsler, Tragt Sorge zum Friedensprojekt Europa, NZZ, 29.6.2026.

Bevölkerung zu riskanten Entscheidungen verführt. Emotionen, Machtstreben und die Auflösung politischer Vernunft hätten entscheidend zur Eskalation des Konflikts beigetragen. Der Peloponnesische Krieg habe letztlich eine politische Ordnung aus Bündnissen und gegenseitigen Verpflichtungen zerstört, die den griechischen Stadtstaaten über Jahrzehnte Stabilität und Wohlstand ermöglicht habe. Thukydides habe darin eine Tragödie gesehen, weil die griechischen Staaten ihre gemeinsame Stärke durch Rivalitäten und Misstrauen verspielt hätten. Diese historische Erfahrung berge Lehren für die Gegenwart. Die eigentliche Gefahr liege nicht nur im Wettbewerb zwischen Großmächten wie China und den USA und ihrer Konfrontation im Pazifik, sondern vor allem in der Schwächung demokratischer Institutionen, internationaler Bündnisse und gemeinsamer Regeln. Besonders Europa müsse sich davor hüten, durch Populismus, nationale Egoismen und Misstrauen seine Einheit zu gefährden. Die EU und die NATO seien Schutzmechanismen gegen Chaos und Machtpolitik, Europas Stärke liege nicht in nationaler Abschottung, sondern in einer verbindlich organisierten Vielfalt, demokratischer Zusammenarbeit und gemeinsamer Werteordnung.

Hendrik Simon fragt in der FAZ¹⁶, ob aus der Geschichte tatsächlich Lehren für die Gegenwart gezogen werden könnten, und nimmt dafür den Melier-Dialog des athenischen Historikers Thukydides als Ausgangspunkt. Dieser werde heute oft als Beleg für eine realistische Sicht auf die internationale Politik verstanden: Die Starken setzten sich durch, die Schwachen müssten leiden. Vor dem Hintergrund aktueller Kriege und Krisen scheine diese Deutung zunächst naheliegend, da vielfach vom Ende der liberalen Weltordnung, von der Rückkehr der Machtpolitik und von der Ohnmacht des Völkerrechts gesprochen werde. Dies entspreche jedoch einer zu einfachen Lesart. Historisch sei es keineswegs üblich, dass Staaten Gewalt einfach mit dem Recht des Stärkeren begründen würden. Im Gegenteil, politische Gewalt sei im Lauf der Geschichte fast immer legitimiert worden, selbst von Diktatoren, Imperien oder Terrorgruppen. Auch Hitler habe versucht, den Angriff auf Polen als Selbstverteidigung darzustellen. Kriegerrechtfertigungen seien nicht bloß belanglose Propaganda. Zwar enthielten sie oft machtpolitische Interessen, doch gerade der Rückgriff auf Begriffe wie Selbstverteidigung, humanitäre Intervention oder Völkerrecht zeige, dass internationale Normen weiterhin eine Bedeutung besitzen würden. Das werde besonders beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine deutlich. Putin verletze klar das Gewaltverbot der UN-Charta und verfolge eine neoimperiale Agenda, versuche seinen Krieg aber dennoch mit angeblicher Selbstverteidigung und dem Schutz russischsprachiger Menschen zu rechtfertigen. Diese Begründungen seien zwar falsch und propagandistisch, zeigten aber, dass Putin sich weiterhin an die Sprache des Rechts binde und dadurch auch kritisierbar bleibe. Ähnlich verhalte es sich bei Donald Trump, denn obwohl er das Völkerrecht offen geringschätzen würde und die Machtpolitik betone, verzichte auch seine Regierung nicht darauf, militärische Gewalt mit präventiver Selbstverteidigung oder Terrorbekämpfung zu begründen. Der Melier-Dialog sei daher nur begrenzt geeignet, die Gegenwart zu erklären. Seine eigentliche Lehre liege nicht darin, ein ewiges Recht des Stärkeren zu bestätigen, sondern vielmehr darin, vor der Hybris der Macht zu warnen. Athen sei kurz nach seinem brutalen Vorgehen gegen Melos selbst dem Niedergang entgegen gegangen. Auch heute könne Machtpolitik ohne rechtliche und moralische Bindung keine stabile Ordnung schaffen. Für Deutschland und Europa ergebe sich daraus die Pflicht, das Völkerrecht nicht vorschnell abzuschreiben. Zwar sei die regelbasierte Ordnung unter Druck und keineswegs perfekt, doch bleibe sie ein wichtiges Mittel, um illegitime Gewalt sichtbar zu machen, zu kritisieren und Widerstand dagegen zu organisieren. Gerade Mittelmächte müssten deshalb neue Allianzen bilden, um Recht und Ordnung gegen neoimperiale Machtpolitik zu verteidigen. Die zentrale Schlussfolgerung von Thukydides bis Trump laute daher: „Machtpolitik schafft keine stabile Ordnung“.

¹⁶ Hendrik Simon, Gilt jetzt das Recht der Gewalt?, FAZ, 4.7.2026.

In der Debatte: Gesellschaftliche Herausforderungen

Im Gespräch mit der *Zeit*¹⁷ warnt *Eckart Conze* davor, den Aufstieg der AfD zu verharmlosen, weil dieser in bestimmten Dynamiken an die späte Weimarer Republik erinnere. Eine schrumpfende politische Mitte gerate unter Druck, während radikale Kräfte vom Eindruck parlamentarischer Handlungsunfähigkeit profitierten. Zwar wiederhole sich Geschichte nicht einfach und die heutigen Ausgangsbedingungen seien deutlich besser als in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er-Jahre. Dennoch sei die Demokratie ernsthaft bedroht, weil die AfD – ähnlich wie antidemokratische Kräfte in Weimar – das politische System selbst infrage stelle und sich als Alternative zu den „Systemparteien“ inszeniere. Besonders gefährlich sei, wenn demokratische Parteien aus Koalitionsnot mit Rechtsextremen zusammenarbeiteten. Historisch hätten NSDAP-Regierungsbeteiligungen in Ländern wie Thüringen oder Braunschweig schon vor 1933 gezeigt, wie schnell Extremisten Institutionen, Lehrpläne, Verwaltung und Justiz beeinflussen könnten. Demokratische Institutionen müssten daher besser abgesichert und jede Kooperation mit der AfD vermieden werden. Der Parlamentarismus müsse seine Problemlösungsfähigkeit beweisen, sonst könnten autoritäre Kräfte weiter an Stärke gewinnen. Allerdings hänge Demokratie nicht nur von Institutionen ab, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern und am Ende trage jeder Einzelne Verantwortung dafür, wie er seine politische Macht an der Wahlurne nutze.

Dominik Rigoll betrachtet in der *FAZ*¹⁸ den Begriff der „Nationalisierung“ als Schlüssel zum Verständnis rechter und nationalistischer Politik. Ausgangspunkt sei in diesem Fall Thüringen im Jahr 1930, wo die NSDAP erstmals an einer Landesregierung beteiligt gewesen sei. Hitler habe dies als Gelegenheit verstanden, um sein Programm der „Nationalisierung“ praktisch umzusetzen. Gemeint gewesen sei damit nicht Verstaatlichung, sondern die ideologische Formung der Bevölkerung zu fanatischen Nationalisten. Besonders Innen- und Bildungspolitik sollten dafür genutzt werden, republiktreue Beamte und Lehrer seien verdrängt, Schulen, Universitäten, Kunst und Kultur nationalistisch ausgerichtet worden. Thüringen sei für die Nationalsozialisten ein politisches Versuchsfeld gewesen. Schon seit dem Kaiserreich hatten völkische und nationalistische Kräfte dort Einfluss gewonnen. Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches habe die NSDAP verstärkt auf regionale Basisarbeit gesetzt, um die Bevölkerung politisch zu „renationalisieren“. Die Regierungsbeteiligung habe es ihr ermöglicht, trotz geringer parlamentarischer Stärke, reale Macht auszuüben und ihre Ziele institutionell voranzutreiben. Heute werde der Begriff der „Nationalisierung“ dagegen kaum verwendet, obwohl er viele gegenwärtige Entwicklungen treffend beschreiben könne. Stattdessen sei häufiger von Faschisierung oder Autokratisierung die Rede. Der Nationalisierungsbegriff sei jedoch analytisch sinnvoll, weil rechte Akteure sich selbst eher als Patrioten oder Nationalisten verstehen würden und weil Historiker wie George Mosse und Ian Kershaw gezeigt hätten, wie zentral die „Nationalisierung der Massen“ für die deutsche Geschichte gewesen sei. Auch heute sei ein neuer Nationalisierungsschub zu beobachten. Dieser zeige sich nicht nur in Symbolen wie Deutschlandfahnen oder einer stärkeren Betonung deutscher Opfererzählungen, sondern auch in politischen Forderungen etwa nach mehr Abschiebungen, Kürzungen bei der Demokratieförderung oder der Abwehr klimapolitischer Maßnahmen. Solche Positionen würden als Beitrag zur Rettung der Nation dargestellt. Ein Unterschied zu den 1930er-Jahren bestünde darin, dass diese Entwicklung heute weniger von offen faschistischen Führerparteien getragen würde, sondern eher von reaktionären Sammlungsparteien wie Fidesz oder der AfD. Dennoch gebe es rechts davon klar faschistische Kleinparteien, die auf enttäuschte Anhänger warteten. Schon der Politologe Kurt Sontheimer habe in den 1960er-Jahren davor gewarnt, dass demokratische Parteien sich selbst nationalistisch aufladen könnten, um rechte

¹⁷ Christian Staas, „Ein teuflisches Dilemma“. Fragen an den Historiker Eckart Conze, *Die Zeit*, 2.7.2026.

¹⁸ Dominik Rigoll, Die Deutschen nationalistischer machen, *FAZ*, 26.6.2026.

Wähler zurückzugewinnen. Gegen Rechtsradikalismus helfe letztlich nur ein entschiedener „demokratischer Radikalismus“.

Evelyn Bokler und *Eckhard Jesse* setzen sich in der *Welt*¹⁹ kritisch mit der inflationären Verwendung des Begriffs „Faschismus“ in Politik und Öffentlichkeit auseinander. Historisch bezeichne der Begriff ursprünglich die italienische Bewegung Benito Mussolinis, die durch Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Nationalismus, Militarismus, Führerkult und Gewalt gekennzeichnet gewesen sei. Als Sammelbegriff könne er zwar auch auf andere antidemokratische Bewegungen der Zwischenkriegszeit angewendet werden, doch seien wichtige Unterschiede, etwa zum Nationalsozialismus, insbesondere beim rassistischen Vernichtungsantisemitismus und der totalitären Dynamik des NS-Regimes, zu beachten. Besonders in kommunistischen Kreisen sei der Faschismus lange als Ausdruck des Kapitalismus verstanden worden. Im Gegensatz zum Faschismus-Begriff habe nach 1945 der Antifaschismus breite Anerkennung gefunden. Dabei sei zu berücksichtigen, dass nicht jeder Antifaschist automatisch Demokrat sei. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands beruhe nicht auf antifaschistischen, sondern auf liberal-demokratischen Prinzipien. Versuche, antifaschistische Klauseln ausdrücklich in Verfassungen zu verankern, seien kritisch zu sehen, da diese überflüssig oder missbrauchsanfällig sein könnten. Es eigne sich eher der Begriff „Antiextremismus“, da die streitbare Demokratie jede Form von Extremismus abwehren müsse. Der Begriff „Faschismus“ werde heute oft als politischer Kampfbegriff genutzt, um Gegner moralisch zu diskreditieren. Wer politische Gegner pauschal als „faschistisch“ bezeichne, verhindere aber eine sachliche Analyse und vereinfache komplexe politische Realitäten. Dadurch werde der Begriff zugleich zu einer moralischen Waffe und zu einem unscharfen Sammelbegriff, der seine ursprüngliche Bedeutung immer mehr verlieren würde.

Stephan Lessenich und *Sven Reichardt* verteidigen in der *Süddeutschen Zeitung*²⁰ den Begriff der „Faschisierung“ als analytisches Instrument zur Beschreibung gegenwärtiger politischer Entwicklungen. Dabei gehe es nicht darum, Geschichte einfach gleichzusetzen oder zu behaupten, sie wiederhole sich unmittelbar. Sinnvoll seien jedoch historische Vergleiche, wenn sie helfen würden, heutige Prozesse besser zu verstehen. Im Zentrum stehe die Frage, wie Verrohung, Dehumanisierung, Gewaltbereitschaft und Ausgrenzung gesellschaftlich akzeptabel geworden seien. Debatten über Faschismus seien oft zu stark auf einzelne Personen wie Donald Trump verengt werden. Wichtiger sei die Frage, warum große Teile der Gesellschaft für autoritäre, ausgrenzende und menschenfeindliche Politik empfänglich würden. Der Begriff „Populismus“ reiche dafür nicht aus, weil er vor allem Stil, Kommunikation und Symbolik beschreibe, aber gesellschaftliche Radikalisierungsprozesse nur unzureichend erfasse. Auch der Begriff der „Autokratisierung“ sei begrenzt, weil er vor allem Institutionen und Machtkonzentration in den Blick nehme, nicht aber die Mobilisierung und Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Faschismustheorien seien deshalb hilfreich, weil sie nach den sozialen, psychologischen und kulturellen Voraussetzungen solcher Bewegungen fragten. Entscheidend sei, wie Ressentiments, Entmenslichung, Männlichkeitskult, Verschwörungsdenken, Gewaltfantasien und soziale Abstiegsängste in den Alltag „normaler Bürger“ eindringen würden. Historische Forschungen, etwa von Leo Löwenthal, der Kritischen Theorie oder anderen Faschismusanalysen, könnten dabei helfen, heutige Phänomene wie Trumpismus, AfD-Erfolge, Tech-Oligarchien oder digitale Radikalisierung besser zu verstehen. Zugleich müsse man sich aber vor einer zu schnellen oder pauschalen Faschismusdiagnose hüten. Nicht jede autoritäre oder konservative Entwicklung sei automatisch faschistisch. Dennoch müsse ernst genommen werden, dass faschistische Tendenzen nicht erst mit offen faschistischen Parteien beginnen würden, sondern aus tieferen gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen entstehen könnten. Soziale Unsicherheit, Mittelstandsängste, Besitzstandswahrung, neue Affektregime in sozialen Medien, Frauenhass, Männlichkeitsinszenierungen und internationale Machtverschiebungen bildeten einen Nährboden

¹⁹ Evelyn Bokler/Eckhard Jesse, Überall Faschisten?, *Die Welt*, 29.6.2026.

²⁰ Stephan Lessenich und Sven Reichardt, Die Faschismus-Debatte ist keine linke Nebelkerze, *SZ*, 22.6.2026.

für Radikalisierung. Der heutige Faschismus sehe anders aus als der historische, sei aber deshalb nicht weniger ernst zu nehmen. Wer sich nur auf die Charaktereigenschaften einzelner Führungsfiguren konzentriere, übersehe die gesellschaftliche Dimension der Entwicklung. Gerade angesichts des Erfolgs der AfD und der zunehmenden Akzeptanz rassistischer und ausgrenzender Positionen brauche es eine ernsthafte wissenschaftliche Analyse statt einer Abwehr des Faschismusbegriffs.

Bei *cicero.de*²¹ betrachtet *Frauke Rostalski* den übermäßigen Gebrauch des Faschismusbegriffs. Es müsse hier zwischen der wissenschaftlichen Bedeutung des Begriffs und seiner problematischen Verwendung in öffentlichen Debatten unterschieden werden. Die Faschismusforschung bleibe wichtig, um autoritäre oder antidemokratische Entwicklungen zu analysieren und ihnen gegebenenfalls entgegenzuwirken. Problematisch werde es jedoch, wenn der Begriff nicht der Erkenntnis diene, sondern vor allem als emotionales Signal der Zugehörigkeit und Abgrenzung verwendet werde. In politischen Auseinandersetzungen könne der Vorwurf des Faschismus zur rhetorischen Waffe werden. Wer andere als „faschistisch“ bezeichne, werte sie maximal ab und stärke zugleich die Solidarität mit Gleichgesinnten. Der Begriff erzeuge Aufmerksamkeit, Empörung und moralische Eindeutigkeit. Zugleich erschwere er Widerspruch, denn niemand wolle den Eindruck erwecken, „Faschisten“ zu verteidigen. Dadurch bleibe an den so Bezeichneten ein Makel haften, der sich kaum noch relativieren lasse. Der Begriff besitze somit eine diskursive Sprengkraft. Wenn politische Gegner vorschnell als faschistisch markiert würden, gerieten wichtigere Fragen aus dem Blick. Es gehe vielmehr darum zu fragen, wodurch bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen entstünden, wie man ihnen begegnen könne und wie ein Gespräch mit Menschen möglich bleibe, die andere Auffassungen vertreten würden. Gerade in einer freiheitlichen Demokratie sei der offene Diskurs zentral. Der Faschismusbegriff dürfe deshalb nicht als Ersatz für sachliche Analyse und argumentative Auseinandersetzung missbraucht werden. Entscheidend sei nicht die möglichst scharfe Benennung eines Phänomens, sondern seine genaue Untersuchung.

Reinhard K. Sprenger setzt sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*²² mit der Rede von der jetzt herrschenden „Dauerkrise“ auseinander. Eine Krise sei eigentlich ein zeitlich begrenzter Bruch mit der erwarteten Normalität, aber nicht ein dauerhafter Zustand. Deshalb sei der Begriff widersprüchlich, wenn er auf die gesamte Gegenwart angewendet werde. Unser heutiges Krisenempfinden sei vor allem mit einem Blick in die Geschichte zu erklären. Die Jahrzehnte nach 1945 bis etwa 2008 seien in westlichen Gesellschaften von Wachstum, Sicherheit und Fortschrittsglauben geprägt gewesen. Diese außergewöhnliche Phase sei fälschlicherweise als Normalität empfunden worden. Aus historischer Sicht seien jedoch Unsicherheit, Knappheit und Konflikte eher der Normalfall. Die Gegenwart sei daher weniger eine Krise als eine Rückkehr zur Normalität. Die eigentliche Ausnahme bildete die Zeit zwischen 1945 und 2008, eine historisch beispiellose Phase der Stabilität, Sicherheit und Kontinuitätsunterbrechung. Problematisch sei, dass viele weiterhin hofften, es werde wieder so wie früher. Dadurch bleibe man im Modus des Reparierens und Verdrängens. Stattdessen müssten Staat, Institutionen und Individuen lernen, mit Unsicherheit umzugehen, flexibler zu handeln und die Sehnsucht nach der vermeintlich „guten alten Zeit“ aufzugeben.

Im Interview mit der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*²³ stellt *Steffen Mau* fest, die Unzufriedenheit in Deutschland sei inzwischen so groß, dass ein einzelnes Reformpaket die Stimmung kaum grundlegend verändern könne. Dennoch könne es helfen, wenn die Regierung geschlossen aufträte und den Eindruck vermittele, wieder handlungsfähig zu sein. Reformen hätten vor allem dann eine Chance auf Akzeptanz, wenn sie als fair empfunden würden. Die Menschen seien grundsätzlich „bedingt zustimmungsbereit“. Sie trügen Zumutungen mit, wenn alle

²¹ Frauke Rostalski, Das Gift in der Debatte, *cicero.de*, 28.6.2026.

²² Reinhard K. Sprenger, Das alte neue Normal, *NZZ*, 1.7.2026.

²³ Patrick Bernau, „Wohlstand wird vielleicht wichtiger als Freiheit“. Fragen an den Soziologen Steffen Mau, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 28.6.2026.

gesellschaftlichen Gruppen beteiligt würden, das Paket dem Allgemeinwohl diene und die Regierung als vertrauenswürdiger Vermittler erscheine. Ein zentrales Problem sei auch der Zukunftspessimismus. Viele Menschen glaubten nicht mehr daran, dass es der nächsten Generation besser gehen werde. Besonders junge Leute hätten Schwierigkeiten, ein klassisches Mittelschichtleben mit Wohneigentum und sozialem Aufstieg zu erreichen. Während frühere Generationen vom allgemeinen Wohlstandszuwachs profitierten, sei soziale Mobilität heute weniger selbstverständlich. Diese Unsicherheit mache Menschen anfällig für Populismus. Die AfD profitiere dabei weniger von realem sozialem Abstieg als von der Angst davor und vom Eindruck, dass die Gesellschaft insgesamt keine positive Zukunft mehr habe. Die Bindung an die liberale Demokratie sei eng mit wirtschaftlichem Erfolg verbunden. Wenn autoritäre Staaten wie China große Projekte schneller umsetzen und wirtschaftlich erfolgreicher erscheinen würden, könnte dies die Attraktivität demokratischer Systeme schwächen. Viele Menschen legten nicht nur Wert auf Freiheitsrechte, sondern auch auf Wohlstand, Sicherheit und Zukunftsaussichten. Auch die Arbeits- und Leistungsmotivation habe sich verändert. Freizeit habe an Bedeutung gewonnen, während viele Menschen das Gefühl hätten, großer Einsatz führe höchstens noch dazu, den Status quo zu erhalten. Hinzu komme Unsicherheit durch Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz und fehlende politische Orientierung. Wenn die Politik keinen klaren Kurs vorgebe, sinke die Bereitschaft der Bürger, Reformen mitzutragen. Entscheidend aber sei, ob Deutschland wirtschaftlich wieder aus der Schwächephase herausfinde und ein neues tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln könne.

Im Gespräch mit der *Welt*²⁴ betont *Stefan Düll* die zentrale Bedeutung des Geschichtsunterrichts für das Verständnis der Gegenwart. Wer begreifen wolle, warum Deutschland heute politisch, gesellschaftlich und rechtlich so geprägt sei, müsse historische Entwicklungen kennen. Wenn historisches Wissen schwinde, verliere eine Gesellschaft Orientierung und die Fähigkeit, aktuelle Debatten in größere Zusammenhänge einzuordnen. Geschichte sei deshalb ein identitätsstiftendes Fach. Dazu gehöre nicht nur die Auseinandersetzung mit den dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte, sondern auch mit den gelungenen Entwicklungen nach 1945. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass das historische Bewusstsein leide, sollte Geschichte nicht mehr als eigenes Fach sichtbar bleiben und nur noch im Verbund gelehrt werden. Bei der Demokratiebildung müsse aber vor überhöhten Ansprüchen an die Schule gewarnt werden. Geschichte könne erklären, warum Meinungsfreiheit, Widerspruch und Pluralismus wertvoll seien. Junge Menschen würden aber nicht dadurch zu Demokraten, dass Lehrkräfte ihnen mit erhobenem Zeigefinger vorgäben, was sie denken sollten. Entscheidend sei vielmehr, dass Schülerinnen und Schüler erlebten, dass sie ihre Meinung äußern dürften und dass unterschiedliche Positionen ausgehalten würden. Auch vor Extremismus schütze historisches Wissen nicht automatisch. Geschichte helfe, Entwicklungen einzuordnen, nehme Menschen aber nicht die Verantwortung für ihre Entscheidungen ab. Deshalb dürfe man auch nicht nur junge Menschen kritisieren, denn Erwachsene wählten ebenfalls extremistische Parteien. Das historische Wissen junger Menschen sei differenziert. Viele Schülerinnen und Schüler würden während ihrer Schulzeit oft über mehr historisches Wissen verfügen als viele Erwachsene, die die Schule längst verlassen hätten. Danach hänge viel davon ab, ob Menschen sich weiterhin für Politik und Geschichte interessierten. Mit Blick auf soziale Medien sei zudem mehr Medienkompetenz notwendig. Jugendliche müssten lernen, historische Inhalte, Quellen und Bilder kritisch zu prüfen. Verbote allein seien wenig effektiv, wichtiger seien wirksame Alterskontrollen und die Fähigkeit zur Einordnung. Der Geschichtsunterricht müsse außerdem berücksichtigen, dass viele Schülerinnen und Schüler Familiengeschichten hätten, die nicht in Deutschland beginnen würden. Deshalb sollten neben Nationalsozialismus, DDR und Wiedervereinigung auch Migrationsgeschichte und die Erfahrungen der Familien einbezogen werden. Seit dem 7. Oktober sei die Lage an den Schulen schwieriger geworden, weil viele Jugendliche die Bilder aus Gaza mit ihrem Wissen über den Holocaust verbinden würden, dabei aber den Angriff der Hamas auf Israel und die historischen sowie politischen Zusammenhänge oft

²⁴ Franziska Zimmerer, „Ich kann und will Schüler nicht mit dem Nürnberger Trichter zu Demokraten machen“. Fragen an Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, *Die Welt*, 9.7.2026.

ausblenden würden. Schule müsse deshalb helfen, Bilder und Ereignisse einzuordnen, Hintergründe zu erklären und Antisemitismus in all seinen Formen – rechtsextrem, antiisraelisch oder antijüdisch – klar benennen. Antisemitische Straftaten müssten dabei auch konsequent verfolgt werden.

In seiner Enzyklika *Magna humanitas* warnte Papst Leo XIV. davor, Künstliche Intelligenz als Ersatz für menschliche Verantwortung zu behandeln, stellen *Ansgar Rieks* und *Wolfgang Koch* in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁵ fest. KI könne schützen, aber auch Gewalt beschleunigen, Entscheidungen entpersonalisieren und Verantwortung verschieben. Gerade im militärischen Bereich müssten deshalb Systemdesign, Daten, Tests, Einsatzregeln, Überwachung und Abschaltmöglichkeiten klar geregelt sein. „Meaningful Human Control“ verlange nachweisbare technische, rechtliche und organisatorische Strukturen. Zugleich bleibe die Spannung zwischen Friedensmahnung und legitimer Verteidigung bestehen. Verantwortbare KI müsse robust, begrenzt, überprüfbar und abschaltbar bleiben. Ohne solche Technik bleibe legitime Verteidigung abstrakt. Ethik müsse daher von Beginn an in Entwicklung, Beschaffung und Einsatzpraxis konsequent übersetzt werden. Ohne verantwortbare Technik und moderne militärische Fähigkeiten bleibe legitime Verteidigung abstrakt.

Monika Schnitzer benennt im *Handelsblatt*²⁶ Künstliche Intelligenz als wichtiges Werkzeug für eine modernere und leistungsfähigere Verwaltung, warnt aber vor überzogenen Erwartungen. KI könne Verfahren beschleunigen, Anträge prüfen, Formulare vorausfüllen und Routineaufgaben übernehmen, doch sie löse nicht die grundlegenden politischen und organisatorischen Probleme des Staates. Langsame Genehmigungen entstünden nicht nur durch Aktenberge, sondern auch durch Zielkonflikte etwa zwischen Klima-, Natur- und Bürgerinteressen. Ebenso scheiterten digitale Verwaltungsprozesse häufig weniger an fehlender Technik als an zu vielen beteiligten Stellen, unklaren Zuständigkeiten und mangelnder Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auch beim Personalmangel könne KI entlasten, dies dürfe aber nicht dazu führen, dass Beamte nur noch massenhaft Vorschläge abnickten oder wichtige Fachkompetenz in der Verwaltung verloren ginge. Entscheidend bleibe die Verantwortung, Menschen müssten KI-Entscheidungen tatsächlich prüfen können, und es müsse klar sein, wer hafte, wenn Fehler passierten. Insgesamt könne KI den Staat schneller und effizienter machen, aber die eigentliche Reform der Verwaltung müsse die Politik selbst leisten.

Rezensionen

In der *Financial Times*²⁷ stellt *Emma Stone Mackinnon* vier Bücher vor, die sich mit der Debatte um die amerikanische Unabhängigkeitserklärung beschäftigen: **The Long Revolution: Creating a United States After 1776** von **Nathan Perl-Rosenthal**; **Freedom Round the Globe: A World History of the American Revolution** von **Sarah M.S. Pearsall**; **America, USA: How Race Shadows the Nation's Anniversaries** von **Eddie S. Glaude Jr.** sowie **National Treasure: How the Declaration of Independence Made America** von **Michael Auslin**.

Christian Schröder verweist im *Tagesspiegel*²⁸ auf vier Bücher zum besseren Verständnis der USA: **Der wichtigste Satz der Geschichte** von **Walter Isaacson**; **I Have a Dream** herausgegeben von **Horst Lauinger** und **Stefan Wagner**; **Mythos 1776** von **Hiram Küpper** sowie **Freiheit** von **Sarah M.S. Pearsall**.

²⁵ Ansgar Rieks/Wolfgang Koch, Verteidigung anerkennen heisst, militärische Gewalt nicht auszuschliessen, NZZ, 8.7.2026.

²⁶ Monika Schnitzer, KI kann den Staat nicht reformieren, Handelsblatt, 1.7.2026.

²⁷ Emma Stone Mackinnon, 1776 and all that – the making and remaking of the Declaration of Independence, Financial Times, 24.6.2026.

²⁸ Christian Schröder, Was vom amerikanischen Traum übrig bleibt, Der Tagesspiegel, 4.7.2026.

Richard Brookhiser präsentiert im *Wall Street Journal*²⁹ vier Bücher, die Leben und Denken von Thomas Jefferson in den Blick nehmen: **Jefferson's Wolf: A Founding Father's Troubling Answer to the Problem of Slavery** von Christa Dierksheide und Nicholas Guyatt; **Jefferson on Race: A Reader** herausgegeben von Annette Gordon Reed; **Being Thomas Jefferson: An Intimate History** von Andrew Burstein sowie **Thomas Jefferson Survives: American Independence in His Time and Ours** von Peter S. Onuf und Francis D. Cogliano.

Mit **Friedlos. Die Deutschen zwischen Kriegsgewalt und Friedenssuche. Von 1648 bis heute** habe Eckart Conze eine „souveräne Geschichte Deutschlands in der internationalen Politik seit 1648 geschrieben, der man die lange Beschäftigung des Autors mit dem Thema immer anmerkt“, stellt Friedrich Kiessling in der *FAZ*³⁰ fest.

„Peter Hayes hat ein großes Buch über die menschliche Korruptierbarkeit geschrieben“, urteilt Wolfgang Schneider im *Tagesspiegel*³¹ über **Geschäfte im Schatten des Holocaust – Deutsche Großunternehmen im Dritten Reich**.

In ihrer „präzisen Studie“ **Die Abschottung der Welt. Als Juden vor verschlossenen Grenzen standen 1933–1945** vollziehe Susanne Heim nach, wie die Staaten verfolgte Juden abgewiesen hätten und „zeichnet die Chronik der Flucht aus verschiedenen Blickwinkeln nach, von Völkerbund und jüdischen Unterstützungsgruppen, NS-Regime und Flüchtlingen“ – so Stefan Reinecke in der *taz*³².

Jonathan Freedland habe mit seinem Buch **The Traitors Circle. The Rebels Against the Nazis and the Spy Who Betrayed Them** das „erste Buch über die größte deutsche Widerstandsgruppe im Zweiten Weltkrieg vorgelegt, den sogenannten Solf-Kreis“, wobei auch hier – wie in früheren Darstellungen – einige Aspekte fehlten, merkt Jeremy Adler in der *FAZ*³³ an und moniert, der Titel sei ein „Fehlgriff“.

Ralph Trommer weist in der *taz*³⁴ auf **Paranoia in Hollywood. Wie die USA exilierte Künstler erst retteten und dann verfolgten 1941–1953** von Jan Jekal hin und urteilt, der Autor zeichne „ein packendes, facettenreiches Panorama deutscher Exilanten in Hollywood während der Nazidiktatur und des beginnenden Kalten Krieges. Ein abgründiges Porträt der USA entsteht dabei, das direkt in die Gegenwart weist.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁵ weist Florian Keisinger auf **Entscheidung in Spanien. Der grosse Kampf der Literatur, 1936–1939** hin und urteilt, Paul Ingendaay beschreibe darin „die Entwicklung des Krieges chronologisch, ohne dabei in eine blosse Ereignisgeschichte zu verfallen. Sein Buch verbindet eine fundierte Darstellung mit einer eher anekdotischen Erzählweise und entwirft mit Einblicken in das Schicksal bekannter Persönlichkeiten des Kulturlebens ein Mosaik, aus dem sich ein grösseres Bild der Zeit erschliesst.“

In der *Süddeutschen Zeitung*³⁶ weist René Schlott auf den von Dorothea Schwarzhaupt-Scholz herausgegebenen „sorgfältig edierten und lesenswerten Band“ **Elisabeth Schwarzhaupt. Lebensbericht der Juristin, Kämpferin für Gleichberechtigung und ersten Bundesministerin** hin, in dem der sich im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung befindliche „Lebensbericht“ der Ministerin zusammen mit „zahlreichen Fotos und vier einordnenden Essays von Historikerinnen und Historikern“ erstmals veröffentlicht worden sei.

²⁹ Richard Brookhiser, *The Spirit of the Revolution*, *Wall Street Journal*, 26.6.2026.

³⁰ Friedrich Kiessling, *Vierhundert Jahre und kaum Frieden*, *FAZ*, 30.6.2026.

³¹ Wolfgang Schneider, *Hauptsache, der Profit stimmte*, *Der Tagesspiegel*, 18.6.2026.

³² Stefan Reinecke, *Im Niemandsland*, *taz*.die tageszeitung, 23.6.2026.

³³ Jeremy Adler, *Der Spitzel kam zum Tee*, *FAZ*, 27.6.2026.

³⁴ Jan Jekal, *Traumfabrik im Würgegriff*, *taz*.die tageszeitung, 20.6.2026.

³⁵ Florian Keisinger, *Der Krieg der Intellektuellen*, *NZZ*, 9.7.2026.

³⁶ René Schlott, *„Dieser erste weibliche Minister“*, *SZ*, 29.6.2026.

Knud von Harbou befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*³⁷ mit der von **Angelina Pils** verfassten Biografie **Schneider / Schwerte. Ein westdeutsches Doppelleben 1945–1999** über den SS-Hauptsturmführer Hans Ernst Schneider, der sich nach 1945 dem falschem Namen Hans Schwerte eine neue Existenz verschafft habe und erst 1995 enttarnt worden sei: „Geschickt sich im Umfeld moderner, ideologiekritischer Germanistik bewegend, empfahl er sich auch als hochschulpolitischer Reformator und wurde 1970 als Professor zum Rektor der RWTH Aachen gewählt.“

An diesem Buch sei „einzig zu bemängeln, dass Darstellung und Kritik nicht immer sauber getrennt sind“, es sei „dennoch eine empfehlenswerte Lektüre, da dem Leser gestattet wird, die absonderlichen Perspektiven der untersuchten Milieus einzunehmen“, urteilt *Haziran Zeller* in der *FAZ*³⁸ über **The Cultural Marxism Conspiracy. Why the Right Blames the Frankfurt School for the Decline of the West** von **A.J.A. Woods**.

Joachim Scholtyseck konstatiert in der *FAZ*³⁹ über den von **Frank Bösch** und **Gideon Bötsch** herausgegebenen Sammelband **Lebenswelten der radikalen Rechten in der Bonner Republik**, dieser mache deutlich, dass die Forschung zu dieser Thematik erst am Anfang stehe, aber „trotz mancher Schwächen bietet der Band einen überzeugenden ersten Aufschlag, um die Welten dieser extremistischen Kreise in ihrer komplexen Gemengelage besser zu verstehen“.

„Wer zwischen den Zeilen liest, findet in der Streitschrift weitere Pointen: Während sich die Ostler zu einer benachteiligten und bedrohten Minderheit erklären, fordern sie die absolute Volksherrschaft der Mehrheit. Das soll aber auch kein Witz sein, sondern Dialektik“, konstatiert *Michael Pilz* in der *Welt am Sonntag*⁴⁰ über **Faschismus ist keine Meinung** von **Ilko-Sascha Kowalczuk**.

Max Skjönsberg stellt bei *Law&Liberty*⁴¹ **The Disraeli Myth: The Making of a Conservative Tradition** von **Emily Jones** vor, die sich mit der Tatsache auseinandersetze, wieviel Einfluss das Denken und die Theorien des britischen Premierministers Benjamin Disraeli bis heute ausübten.

Cora Schmidt-Ott habe mit **Samuel P. Huntington. Politisches Denken im American Century** eine „intellektuelle Biographie des streitbaren Politikwissenschaftlers“ vorgelegt, in der sie das „umfangreiche Werk des ‚politischen Grenzgängers‘ und sein Wirken als Intellektueller mit einer Geschichte der USA in den Jahrzehnten des Kalten Krieges kenntnisreich und konzise kontextualisiert“, stellt *René Schlott* in der *FAZ*⁴² fest.

„Which Mr Vance is he? The one who bangs on about God’s grace? Or the one who treats people like Ukraine’s president, Volodymyr Zelensky –a man in need if ever there was one –with a deplorable lack of grace? He keeps repeating, ‘By their fruits ye shall know them’. Yet by the end of this book, ye shall probably not be much the wiser as to who J.D. Vance is, or was“, merkt der *Economist*⁴³ mit Blick auf **Communion**, das zweite Buch von **J.D. Vance** an.

Mit **Regime Change: Inside the Imperial Presidency of Donald Trump** sei es **Maggie Haberman** und **Jonathan Swan** gelungen, ein fesselndes Buch über die Tagesabläufe in der zweiten Amtszeit des US-Präsidenten vorzulegen, urteilt *Edward Luce* in der *Financial Times*⁴⁴.

„Aber wie auch immer man sich zu den Ausführungen Vahlands stellen will, stellt sein Buch doch einen erfrischenden Angriff auf einen der Großdenker der Geschichte dar“, urteilt *Michael Hesse* in

³⁷ Knud von Harbou, Erst SS-Offizier, dann Uni-Rektor, SZ, 29.6.2026.

³⁸ Haziran Zeller, Adorno, Marcuse und die CIA-Zombies, FAZ, 17.6.2026.

³⁹ Joachim Scholtyseck, Von wegen nur Marschmusik, FAZ, 23.6.2026.

⁴⁰ Michael Pilz, Von Spatzen und anderen Faschos, Welt am Sonntag, 5.7.2026.

⁴¹ Max Skjönsberg, The Making of One-Nation Conservatism, Law&Liberty, 1.7.2026.

⁴² René Schlott, Der Mann hinter dem „Kampf der Kulturen“, FAZ, 23.6.2026.

⁴³ J.D. Vance’s second coming, The Economist, 19.6.2026.

⁴⁴ Edward Luce, Regime Change – the chaos of a court built around Donald Trump’s instinct, Financial Times, 26.6.2026.

der *Frankfurter Rundschau*⁴⁵ über **Kants Hybris: Anmerkungen zur „Kritik der reinen Vernunft“** von **Joachim Vahland**.

In der Welt am Sonntag⁴⁶ weist *Jeffrey Herf* auf den von **Thierry Chervel** herausgegebenen Band **Letztes Wort Freiheit. Politische Essays 1992–2025** hin, eine Zusammenstellung von Essays des kürzlich verstorbenen Publizisten Richard Herzinger, der die Welt „aus einer ganz anderen moralischen und politischen Binarität [betrachtet habe], derjenigen zwischen politischer Freiheit auf der einen Seite und Diktatur, Terror und Totalitarismus auf der anderen“.

Small is beautiful 2.0. Mit digitaler Dezentralisierung zu einer menschlicheren Wirtschaft von **Anselm Küsters** lese sich „über weite Strecken nicht nur als Beitrag zur KI-Debatte, sondern auch als Reflexion über wirtschaftliche Ordnung“, merkt *Nils Goldschmidt* in der *FAZ*⁴⁷ an und der Autor verteidige dabei „das Angemessene gegen das Maßlose“.

Tobias Becker weist im *Spiegel*⁴⁸ auf **Cyberpunk. Das neue totalitäre System** von **Asma Mhalla** hin, die darin vor der „Gefahr eines technopolitischen Totalitarismus“ warne und dabei nicht in die Vergangenheit, sondern die Zukunft blicke: „Sie interessiert sich nicht so sehr dafür, warum die Gegenwart geworden ist, wie sie ist, was die liberale Demokratie in die Krise gebracht und den Autoritarismus wieder attraktiv gemacht hat. Sie interessiert sich dafür, welche Zukunft sich in dieser Gegenwart ankündigt.“

In **Trügerischer Wohlstand. Eine Wirtschaftsgeschichte der Berliner Republik seit 1990** spanne **Hartmut Berghoff** einen „weiten Bogen“ und schlage „an vielen Stellen einen unaufgeregten Grundton an – und das tut der Darstellung gut, die auf alle darstellerischen Schnörkel verzichtet“, merkt *Dietmar Süß* in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁹ an.

Jakob Krembrow urteilt in der *FAZ*⁵⁰ über **Atlas der Finanzen: Die illustrierte Geschichte des Geldes** von **Dariusz Wójcik**: „Der Band ist kaum von vorn bis hinten im klassischen Sinne zu lesen, dafür ist er nicht konzipiert. Nicht jede einzelne, aber die meisten der Doppelseiten laden mit durchdachter und optisch ansprechender Aufmachung dazu ein, den Linien der Graphen, den Balken- und Tortendiagrammen zu folgen.“

Der *Economist*⁵¹ stellt sechs Bücher vor, die Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 besser einzuordnen: **Too Big to Fail** von **Andrew Ross Sorkin**; **The Great Hangover** herausgegeben von **Graydon Carter**; **House of Debt** von **Atif Mian** und **Amir Sufi**; **The Big Short** von **Michael Lewis**; **The Black Swan** von **Nassim Nicholas Taleb** sowie **All The Devils Are Here** von **Bethany McLean** und **Joe Nocera**.

Tej Parikh weist in der *Financial Times*⁵² auf vier Bücher hin, die der Frage nachgehen würden, was den modernen Kapitalismus ausmache: **Moral Economics: What Controversial Transactions Reveal About How Markets Work** von **Alvin Roth**; **The Common Good Economy: A New Compass** von **Mariana Mazzucato**; **We Need to Tax Billionaires** von **Gabriel Zucman** sowie **Money: The Inside Story** von **Rupal Patel** und **Jack Leslie**.

„In short, Mr Moyn spots a real problem but offers outlandish solutions. Congress may be a gerontocracy, but the workplace is not. Stopping silver-haired taxpayers from earning is no way to make society fairer. As the debate about ai illustrates, work gives people purpose as well as a paycheque; forcing them to quit early is a recipe for a miserable old age“, merkt der *Economist*⁵³

⁴⁵ Michael Hesse, Der Fall des Immanuel Kant, *Frankfurter Rundschau*, 30.6.2026.

⁴⁶ Jeffrey Herf, Freiheit, die er meinte, *Welt am Sonntag*, 5.7.2026.

⁴⁷ Nils Goldschmidt, Kompetenz statt Gigantismus, *FAZ*, 6.7.2026.

⁴⁸ Tobias Becker, Gehirne an der Leine, *Der Spiegel*, 3.7.2026.

⁴⁹ Dietmar Süß, Wo bleibt der Reformator?, *SZ*, 22.6.2026.

⁵⁰ Jakob Krembrow, Karten für eine Welt der Zahlen, *FAZ*, 22.6.2026.

⁵¹ Six books to understand the financial crisis of 2007–09, *The Economist*, 29.6.2026.

⁵² Tej Parikh, The price of good intentions, *Financial Times*, 22.6.2026.

⁵³ Is America becoming a gerontocracy?, *The Economist*, 25.6.2026.

über **Gerontocracy in America** von **Samuel Moyn** an, der ein reales Problem aufzeige, aber schreckliche Lösungen anbiete.

Mit seinem Buch **Wie stark ist Russland wirklich? Die Wahrheit über Putins Militärmacht** gelinge es **Matthias Uhl** – so *Thomas Speckmann* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵⁴ –, die Sicherheitslage in Europa und die militärische Stärke Russlands zu analysieren und dabei mit vielen Mythen aufzuräumen.

Mit seinem Buch **Vom Kolonialismus zum ‚Schwarzen Frankreich‘. Eine Geschichte Frankreichs und seiner ehemaligen Kolonie Französisch-Westafrika** sei es **Armin Osmanovic** gelungen, eine „materialreiche Darstellung“ mit einer „Fokussierung aufs Faktische“ vorzulegen, merkt *Joseph Hanimann* in der *FAZ*⁵⁵ an.

„**Briefe an meinen palästinensischen Nachbarn** versucht, die jüdische und israelische Seite der Konfliktgeschichte zu erzählen – und arbeitet damit etwas heraus, was die globale antizionistische Bewegung ignoriert und negiert“ merkt *Till Schmidt* in der *taz*⁵⁶ über das Buch von **Yossi Klein Halevi** an, der „trotz allem auf die Kraft des respektvollen Dialogs“ im festgefahrenen Konflikt setze.

„Die Teheran-Tagebücher sind ein faszinierendes Dokument der Zeitgeschichte, das einen äußerst seltenen Einblick in das Leben in einem Land bietet, aus dem kein Bild nach außen dringen soll“ urteilt *Tanja Wessendorf* in der *Frankfurter Rundschau*⁵⁷ über **Teheran Tagebücher. Nachrichten aus einem belagerten Land** von **Raha Nik-Andish**.

„Nonetheless, Cheng’s meticulously researched, extensively noted, and fascinating account is a masterpiece“ urteilt *Paul Macrae* in der *National Review*⁵⁸ über **Korean Messiah: Kim Il Sung and the Christian Roots of North Korea’s Personality Cult** von **Jonathan Cheng**, der darin auch seltene Einblicke in die Geschichte des Christentums in Korea und jener Christen gewähre, die sich weigerten, sich dem Kim-Il-Sungismus zu unterwerfen.

Jolinde Hüchtker präsentiert in der *Zeit*⁵⁹ vier Bücher, die die Dichterin Ingeborg Bachmann anlässlich ihres 100. Geburtstages in den Blick nehmen: **Zwei Menschen sind in mir. Ingeborg Bachmann. Die Biografie** von **Andrea Stoll**; **Dieses unruhige Ich. Ingeborg Bachmann – Eine Biographie** von **Dieter Burdorf**; **Wer war Ingeborg Bachmann? Eine Biographie in Bruchstücken** von **Ina Hartwig** sowie **Die letzten Tage von Ingeborg** von **Fleur Jaeggy**.

In der *FAZ*⁶⁰ konstatiert *Wolfgang Schneider* über **Immer noch freundlich, aber kaum geduldig. Tagebücher 1980–2021** von **Monika Maron**, die Tagebücher zeigten sie „erbittert und angriffslustig“, man gewinne „aus diesen Notaten kein neues, aber ein geschärftes Bild der Autorin, vor allem was die Jahre in der niedergehenden DDR betrifft“.

„Man lernt während der Lektüre, in aufregenden Zeiten gelassen, weltoffen, zivil und verdammt gut gelaunt zu bleiben. Seibts Buch ist ein Geschenk“ lautet das Urteil von *Adam Soboczynski* in der *Zeit*⁶¹ über **Ein Sommer mit Goethe** von **Gustav Seibt**, der darin „in 50 kurzen, vier- bis sechseitigen Einträgen in Goethes Gedankenwelt“ einführe.

⁵⁴ Thomas Speckmann, Russland verliert täglich zwei Bataillone, NZZ, 18.6.2026.

⁵⁵ Joseph Hanimann, Die Republik blieb farbenblind, FAZ, 17.6.2026.

⁵⁶ Till Schmidt, Die Mauer zwischen ihnen, taz, die tageszeitung, 20.6.2026.

⁵⁷ Tanja Wessendorf, „Keine Musik, kein Lachen“, Frankfurter Rundschau, 29.6.2026.

⁵⁸ Paul Macrae, The Cult of Kim, National Review, 11.6.2026.

⁵⁹ Jolinde Hüchtker, Wer war Ingeborg Bachmann?, Die Zeit, 18.6.2026.

⁶⁰ Wolfgang Schneider, In der Nacktheit der Verhältnisse ähnelt New York Ostberlin, FAZ, 20.6.2026.

⁶¹ Adam Soboczynski, Mehr Licht, Die Zeit, 2.7.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)